

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 36 | 09.09.2016

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNGEN

Prinzinger

Die grenzüberschreitende Inanspruchnahme medizinischer Leistungen als passive Dienstleistungsfreiheit Monografie // ISBN 978-3-902883-28-5, XX und 86 Seiten, Harteinband, 25 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

Geroldinger/Radler (Hrsg),

Prüfungstraining Privatrecht I

Studienbuch // ISBN 978-3-902883-27-8, XVIII und 165 Seiten, Harteinband, 20 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 85/2016

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen über das Inkrafttreten des Haftungsgesetzes-Kärnten

BGBI II 243/2016

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend die Statistik über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Jahr 2016 (**Agrarstrukturstatistik-Verordnung 2016**)

BGBI II 246/2016

Verordnung des Bundesministers für Europa, Integration und Äußeres über das kommissionelle Auswahlverfahren zur Eignungsfeststellung für die Verwendung im auswärtigen Dienst ("Préalable") des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (Auswahlverfahren-Verordnung für den auswärtigen Dienst – BMEIA)

BGBI III 160/2016

Erklärung der Republik Österreich über den Einspruch gegen den Beitritt der Republik Kosovo zum Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung

II. AMTSBLATT DER EU

ABI L 241 v 08.09.2016, 1

Verordnung (EU) 2016/1447 der Kommission vom 26. August 2016 zur Festlegung eines Netzkodex mit Netzanschlussbestimmungen für Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungssysteme und nichtsynchrone Stromerzeugungsanlagen mit Gleichstromanbindung

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

29.06.2016, Ra 2016/05/0001

VwGVG; AVG; die Frage, auf welchem Weg eine Eingabe eingebracht werden kann (in casu, ob die Eingabe an das LVwG im "WEB-ERV" eingebracht werden kann oder auf dem Postweg zu versenden ist), stellt eine Rechtsfrage dar, die ein berufsmäßiger Parteienvertreter bei Einhaltung der gebotenen Sorgfalt selbst zu beantworten und deren Lösung er nicht seiner Kanzleileiterin zu überantworten und auch nicht von der Auskunft eines Mitarbeiters eines Unternehmens, das die verwendete Anwaltssoftware bereitgestellt hat, abhängig zu machen hat; eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Frist wegen falscher Adressierung kommt unter diesen Umständen nicht in Betracht

02.08.2016, Ra 2014/05/0058

Oö BauO; baupolizeilicher Auftrag zur Beseitigung konsenslos errichteter baulicher Anlagen; ggst hätte das VwG im Verfahren über die Beschwerde gegen den im Berufungsweg ergangenen Bescheid eine mündliche Verhandlung durchführen müssen; dies wäre angesichts des konkreten sachverhaltsbezogenen Vorbringens des Bf sowie der strittigen Rechtsfragen und der notwendigen ergänzenden Beweiswürdigung iSd Art 6 EMRK geboten gewesen

02.08.2016, Ro 2015/05/0008

UVP-G; die restriktiv zu interpretierende Bestimmung des § 40 UVP-G normiert explizit einen von der Regel des Art 131 Abs 1 B-VG abweichenden Rechtszug an das BVwG bei "Beschwerden gegen Entscheidungen nach diesem Bundesgesetz"; eine analoge **Heranziehung des § 40 Abs 1 UVP-G für Säumnisbeschwerden scheidet aus**; im Säumnisfall ist eine Säumnisbeschwerde vielmehr an das jeweilige LVwG zu richten

03.08.2016, <u>Ro 2016/07/0006</u>

WasserrechtsG; wasserrechtliches **Widerstreitverfahren** hinsichtlich zweier Kraftwerksprojekte; das LVwG erkannte ggst zutreffend, dass eine Entscheidung über einen Widerstreit zwischen dem **modifizierten Projekt** und dem widerstreitenden Projekt die von ihm zu beurteilende **Sache des Verfahrens** überschritte; es behob daher richtigerweise unter Berücksichtigung der aktuellen Sachlage die auf die alte Sachlage abstellende Entscheidung der belangten Behörde ersatzlos

03.08.2016, Ro 2016/07/0007

WasserrechtsG; Antrag auf Zuerkennung der Parteistellung in einem wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren hinsichtlich einer Umfahrungsstraße; in einem durch eine Berufungsentscheidung rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren ist zur Feststellung der Parteistellung bzw zur Entscheidung über die Zustellung der Berufungsentscheidung an eine übergangene Partei das jeweilige LVwG zuständig

03.08.2016, Ro 2016/07/0008

VwGVG; die Verpflichtung zur amtswegigen Berücksichtigung von Unionsrecht besteht selbstverständlich, aber nur innerhalb der Prüfungsbefugnis des VwG nach § 27 VwGVG; das LVwG verwechselt offenbar die von Amts wegen wahrzunehmende, entgegenstehendes innerstaatliches Recht verdrängende Wirkung von Unionsrecht mit der Frage des Umfangs der Prüfungsbefugnis nach § 27 VwGVG, wenn es die Ansicht vertritt, "Verstöße gegen das Unionsrecht seien amtswegig aufzugreifen, weshalb auch diesbezüglich das öffentliche Interesse an der Zielerreichung des guten ökologischen Potentials den Prüfumfang des LVwG im Sinne des § 27 VwGVG möglicherweise durchaus umfassen könnte"

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 12.08.2016, W219 2107514-1

LuftfahrtG; der Inhalt der (unions-)rechtlichen Verpflichtungen flugmedizinischer SV, insbesondere im Hinblick auf zu verwendende Formulare und auf deren Vorlage an die Austro Control GmbH, ist einer **bescheidmäßigen Feststellung** auf Antrag eines flugmedizinischen Sachverständigen als **notwendiges Mittel** zweckentsprechender Rechtsverteidigung zugänglich

BVwG 19.08.2016, W219 2117379-1

AVG; Medienkooperations- und -förderungs-TransparenzG; eine von der Behörde gesetzte Frist im Zusammenhang mit dem Auftrag, eine Korrektur einer Bekanntgabe von Aufträgen über entgeltliche Veröffentlichungen an Medieninhaber eines periodischen Druckwerks nach § 2 Medienkooperations- und -förderungs-TransparenzG vorzunehmen, ist materiellrechtlicher Natur (und damit nicht restituierbar); eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen ihre Versäumung ist daher unzulässig

BVwG 23.08.2016, W204 2129179-1

BundesG über die Sanierung und Abwicklung von Banken; ein Rechtsmittel gegen Bescheide nach § 123a BundesG über die Sanierung und Abwicklung von Banken hat ex lege **keine aufschiebende Wirkung**; § 123a leg cit zielt darauf ab, dass ein Rechtsmittel die Vollstreckbarkeit der Beitragsvorschreibung nicht hemmen soll

LVwG Oö 19.08.2016, <u>LVwG-550752</u>

Oö Natur- und LandschaftsschutzG; Abweisung des Antrags einer Bringungsgenossenschaft auf Erteilung einer naturschutzbehördlichen Bewilligung zur Neuanlage einer Forststraße; zwar ist das Interesse der Bf, fünf Grundeigentümern die Bewirtschaftung ihrer Flächen im Ausmaß von ca 130 ha zu ermöglichen, als durchaus hoch einzustufen; dieses Interesse vermag jedoch die öffentlichen Interessen am Schutz der Erhaltung der Vielfalt, der Eigenart, der Schönheit und des optischen Eindrucks des betroffenen Landschaftsraums nicht zu überwiegen

LVwG Oö 31.08.2016, LVwG-850616

GewO; **GlücksspielG**; Entziehung der Berechtigung zum Betrieb eines Gastgewerbes; die Veröffentlichung eines in einem wettbewerbsrechtlichen Verfahren ergangenen Unterlassungsurteils vermag die Annahme eines **schwerwiegenden Versto- ßes iSd § 87 Abs 1 Z 3 GlücksspielG** nicht zu rechtfertigen

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift "Spektrum der Rechtswissenschaft" (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. SCHLUSSANTRÄGE

07.09.2016, Rs C-453/15, A und B (GA Wathelet)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – **Mehrwertsteue**r – Richtlinie 2006/112/EG – Art 56 – **Ort der Dienstleistung – Begriff 'ähnliche Rechte'** – Übertragung von Treibhausgasemissionszertifikaten

07.09.2016, Rs C-496/15, Eschenbrenner (GA Wathelet)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** – Art 45 AEUV – Verordnung (EU) Nr 492/2011 – Art 7 – Diskriminierungsverbot – Grenzgänger, der im Wohnsitzmitgliedstaat einkommensteuerpflichtig ist – Richtlinie 2008/94/EG – **Vom Beschäftigungsmitgliedstaat gezahlte Leistung bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers** – **Berechnungsmodalitäten** – Fiktive Berücksichtigung der Lohnsteuer des Beschäftigungsmitgliedstaats

08.09.2016, Avis 1/15, Avis rendu en vertu de l'article 218, paragraphe 11, TFUE (GA Mengozzi)

Gutachtenantrag – Zulässigkeit – Entwurf eines Abkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union über die Übermittlung und Verarbeitung von Fluggastdatensätzen – Fluggastdatensätze (Passenger Name Records [PNR]) – Vereinbarkeit dieses Abkommensentwurfs mit Art 16 AEUV sowie Art 7, Art 8 und Art 52 Abs 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Rechtsgrundlage

08.09.2016, Avis 3/15, Avis rendu en vertu de l'article 218, paragraphe 11, TFUE (GA Wahl)

Abschluss internationaler Übereinkünfte durch die Europäische Union – Vertrag von Marrakesch zur **Erleichterung des Zugangs blinder, sehbehinderter oder anderweitig lesebehinderter Personen zu veröffentlichten Werken** – Zuständigkeit der Europäischen Union – Rechtsgrundlagen – Art 19 AEUV – Art 114 AEUV – Art 153 AEUV – Art 207 AEUV – Art 209 AEUV – Richtlinie 2001/29/EG

08.09.2016, Rs C-45/15 P, Safa Nicu Sepahan / Rat (GA Mengozzi)

Rechtsmittel – Restriktive Maßnahmen gegen die Islamische Republik Iran zur Verhinderung der nuklearen Proliferation – Liste der Personen und Einrichtungen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen eingefroren werden – Außervertragliche Haftung – Hinreichend qualifizierter Verstoß – Materieller Schaden – Immaterieller Schaden

08.09.2016, Rs C-133/15, Chavez-Vilchez ua (GA Szpunar)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Unionsbürgerschaft – Art 20 AEUV – Versagung des Aufenthaltsrechts in einem Mitgliedstaat gegenüber einem Drittstaatsangehörigen, der die tatsächliche Sorge für sein minderjähriges Kind wahrnimmt, das Angehöriger dieses Mitgliedstaats ist – Aufenthalt des anderen Elternteils, der Angehöriger dieses Staats ist, in dessen Hoheitsgebiet – Pflicht des Drittstaatsangehörigen, nachzuweisen, dass der andere Elternteil nicht für das Kind sorgen kann und dass dieses Unvermögen das Kind dazu zwingt, den Staat seiner Staatsangehörigkeit zu verlassen, wenn dem Drittstaatsangehörigen das Aufenthaltsrecht versagt wird

08.09.2016, Rs C-344/15, National Roads Authority. (GA Szpunar)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuern – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 13 Abs 1 – Steuerpflichtige – **Tätigkeiten oder Umsätze**, die **von Einrichtungen des öffentlichen Rechts im Rahmen der öffentlichen Gewalt** bewirkt werden – Bau und Verwaltung mautpflichtiger Straßen – **Wettbewerbsverzerrungen**

08.09.2016, Rs C-348/15, Stadt Wiener Neustadt (GA Kokott)

Umweltpolitik – Richtlinie 85/337/EWG in der Fassung der Richtlinie 97/11/EG – **Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten** – Anwendungsbereich – Regelung eines Mitgliedstaats zur Heilung einer bestandskräftigen Genehmigung trotz fehlender Umweltverträglichkeitsprüfung – **Rechtssicherheit und Vertrauensschutz**

08.09.2016, Rs C-354/15, Henderson (GA Bobek)

Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung Nr 1393/2007– Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke – Zustellung durch Postdienste – Einschreiben mit Rückschein – Gleichwertiger Beleg – **Zustellung verfahrenseinleitender Schriftstücke an einen Dritten** – Formblatt in Anhang II zur Verordnung Nr 1393/2007

08.09.2016, Rs C-365/15, Wortmann (GA Campos Sánchez-Bordona)

Zollunion und Gemeinsamer Zolltarif – Erstattung von Einfuhrabgaben – **Nichtigkeit der Verordnung zur Einführung eines Antidumpingzolls** – Gültigkeit von Art 241 des Zollkodex – Anwendbarkeit des Zollkodex – **Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen**

08.09.2016, Rs C-390/15, RPO (GA Kokott)

Steuerrecht – Mehrwertsteuer – **Ermäßigter Steuersatz für die Lieferung von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften** – Gültigkeit der Nr 6 des Anhangs III der Richtlinie 2006/112/EG in der Fassung der Richtlinie 2009/47/EG – Art 113 AEUV – Beteiligung des Europäischen Parlaments – **Grundsatz der Gleichbehandlung** – Unterschiedliche Behandlung von Publikationen auf Papier und anderen physischen Trägern im Vergleich zu elektronisch übermittelten Publikationen

08.09.2016, Rs C-391/15, Marina del Mediterráneo ua (GA Bobek)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliches Auftragswesen – **Vergabeverfahren** – Entscheidung über die Zulassung eines Bewerbers – **Behauptete Rechtswidrigkeit** – Vorbereitende Handlung – Sofortige oder aufgeschobene Nachprüfung – **Unmittelbare Wirkung**

08.09.2016, Rs C-444/15, Associazione Italia Nostra Onlus (GA Kokott)

Umwelt – Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme – Hohes Umweltschutzniveau gemäß Art 191 AEUV und Art 37 der Charta der Grundrechte – Notwendigkeit der Umweltprüfung nach der Richtlinie 2001/42/EG bei erforderlicher Verträglichkeitsprüfung nach der Richtlinie 92/43/EWG – Auslegung des Begriffs "kleine Gebiete auf lokaler Ebene

08.09.2016, Rs C-454/15, Webb-Sämann (GA Bobek)

Sozialpolitik – Richtlinie 2008/94 – **Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers** – Vorschriften über die soziale Sicherheit – Geltungsbereich – Verpflichtung des Mitgliedstaats, sich zu vergewissern, dass die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der erworbenen Rechte oder Anwartschaftsrechte von Arbeitnehmern aus Zusatzversorgungseinrichtungen getroffen werden

08.09.2016, Rs C-584/15, Glencore Céréales France (GA Campos Sánchez-Bordona)

Rückforderung einer zu Unrecht gezahlten Beihilfe – Zinsen – Verjährungsfrist – Beginn der Frist – Unterbrechung der Frist – Höchstgrenze

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren
Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.* Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Mag. Sarah Heiml; Dr. Matthäus Schmied; Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.